

Nun sag, wie hast Du's mit der Europäischen Union?

JuWiss Redaktion

2014-03-10T15:00:04

Von [CHRISTOPH SMETS](#)



Es

ist eine kleine Meldung unten links auf Seite eins der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 1. März: „*Lammert und Schäuble kritisieren Karlsruhe*“.

Herr Lammert lässt sich mit den Worten zitieren, das Urteil zur 3%-Sperrklausel sei rechtlich umstritten und „politisch nicht hilfreich“, „zumal in einer Zeit, in der Straßburg Kompetenzen gewonnen habe und weitere anstrebe.“ Die „Sorge, wir könnten mit einem verfassungsrechtlich verkleideten (!) Europaskeptizismus zu tun haben, scheint mir im Kontext auch anderer Entscheidungen nicht völlig unbegründet“. Wolfgang Schäuble sekundiert, dass BVerfG verstehe das Europaparlament (EP) nicht.

In der rechtlichen Welt gehörte diese Aussage eigentlich im Fettdruck in die Bildmitte, aus gleich drei Gründen:

1. Eine juristische Entscheidung wird kritisiert, weil sie (angeblich) politisch (!) nicht hilfreich sei.
2. Der zweithöchste Mann im Staat erklärt ein Urteil des höchsten Gerichts als rein politisch motiviert.
3. Europaskeptizismus wird zum rechtlichen wie politischen Tabu.

Rechtlich umstritten – ja was denn sonst?

Doch der Reihe der Wortmeldungen nach: Dass eine Frage „rechtlich umstritten“ ist, ist nachgerade *conditio sine qua non* dafür, dass sie bis zum BVerfG gelangt.

Die Feststellung als solche ist eigentlich ein Pleonasmus. Aber natürlich geht es um etwas anderes. Gemeint ist wohl eher: Wenn eine Frage rechtlich umstritten und politisch bedeutsam Frage ist, solle das Parlament entscheiden, ohne dass ein Verfassungsgericht „dazwischenfunk“. Aber sollte ein Parlament das wirklich? Sollten die großen Jungs auf dem Schulhof alleine entscheiden, wer rein darf oder ist das nicht vielleicht Sache der Schulleitung (sprich: des Volkes)? Mit der gesetzlichen Festlegung von Sperrklauseln bestimmen de facto Parteien darüber, ob Parteien ins Parlament dürfen. Eigentlich müsste sich das Parlament also wegen Befangenheit ablehnen. Fast alle bisherigen Wortmeldungen zeigen aber vor allem eines: Es ist vergessen worden, dass Erfolgswertgleichheit ein demokratisches Gebot ist (was im Zuge des jüngsten [Urteils](#) des BVerfG zu Überhangmandaten noch recht unumstritten wirkte). *One man, one vote* ist offenbar aus den Köpfen verschwunden und ersetzt durch die Vorstellung, nur „richtige“ Parteien sollten ins Parlament. Es herrscht eine diffuse Angst – artikuliert in Gegenbegriffen wie „stabile Mehrheiten“ oder „Arbeitsfähigkeit“ – , dass das EP ohne Sperrklausel in einer Art Chaos versinke. Wie [Niels Petersen](#) richtig feststellt, ist das EP aufgrund Größe, Aufgaben und Arbeitsweise aber auch bei Geltung der nur faktisch-rechnerischen Sperrklausel gar nicht gefährdet. Doch zurück zur Meldung:

„Politisch nicht hilfreich“ – für wen?

Das Urteil sei außerdem – so Lammert weiter – „politisch nicht hilfreich“. Was soll das heißen? Urteilt Karlsruhe, um der Politik behilflich zu sein? Soll Karlsruhe in Zukunft „politisch hilfreich“ als Richtigkeitskriterium für seine Entscheidungen erwägen? Aber auch hier ist wohl etwas anderes gemeint: In Deutschland hat die AfD im September vergangenen Jahres knapp den Einzug in den Bundestag verfehlt; in bisherigen [Umfragen](#) liegt sie für das EP vor der FDP. Auf [lokaler](#) und [Landesebene](#) kam es zu Wechseln bisheriger Mandatsträger von [FDP](#) und CDU zur AfD. Auf der britischen Insel wiederum treibt die Partei „UKIP“ mit ihren Austrittswünschen aus der EU Premier Cameron vor sich [her](#), der eine Abstimmung über den Verbleib in der EU vorsichtshalber auf 2017 [terminiert](#). Mit dem Front National in Frankreich, der FPÖ in Österreich und den „Wahren Finnen“ in Finnland bestehen bzw. erstarken Kräfte im Milieu zwischen EU-kritisch über nationalistisch bis hin zu fremdenfeindlich.

Allesamt Kräfte, die der EU zumindest skeptisch (sic!) gegenüberstehen. Dabei besteht rein rechnerisch bisher kein Anlass zur Beunruhigung: Wie Sophie-Charlotte Lenski [darlegt](#), wären bei der letzten Europawahl aus Deutschland nicht einmal 1% „Splitterparteien“ ins Parlament eingezogen. Dabei stellt die Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“, in der sich etwa UKIP, Wahre Finnen und die italienische „Lega Nord“ zusammengeschlossen haben bereits jetzt 31 Abgeordnete, ohne dass der Untergang des Abendlands gewahr würde. Nicht, dass ich rechte Parteien begrüßen würde; aber selbst wenn das EP eine Regierung wählte: Arbeitsunfähigkeit sähe wohl anders aus.

Und so geht der Mangel an Hilfsbereitschaft, den Herr Lammert beklagt, wohl in eine andere Richtung: CDU, Teile der [SPD](#) und besonders heftig manche [Grüne](#) – kritisieren das Urteil aus den verschiedensten Gründen, besonders aber mit der

Erklärung, das BVerfG verstehe das EP nicht (so auch Wolfgang Schäuble oben). In Wahrheit wird wohl eher bedauert, dass in Deutschland Wähler, die die AfD oder andere kleine und kleinste Parteien in Betracht ziehen, oberhalb der rechnerischen Sperrklausel keine verschenkte Stimme mehr fürchten müssen. Dies macht kein taktisches Wählen mehr nötig, was für diese Parteien ggf. weitere, für die etablierten Parteien aber weniger Wähler bedeutet. Dies ist natürlich besonders ärgerlich, wenn (so erfahren wir interessanterweise von Herrn Lammert) das EP weitere Kompetenzen anstrebt. Der bedingungslos-unkritische (!) Kurs in der EU soll aber weder in Deutschland, noch auf gesamteuropäischer Ebene gestört werden.

Habe keinen Mut, Dich Deines Verstandes zu bedienen! – Skepsis als Sünde

Damit wären wir beim nächsten Punkt: Herr Lammert artikuliert die namenlose Sorge vor einem „verfassungsrechtlich verkleideten Europaskeptizismus“. Selbst, wenn dies zuträfe: Was sagt er hier eigentlich? Beim Wort genommen dieses: Das BVerfG hat einen geheimen Plan, wann immer es ihm möglich ist, seine Stellung dazu zu nutzen, Entscheidungen so zu gestalten, dass sie „Europa“ (oder der EU? Oder der CDU?) schaden. Während man den Fehdehandschuh fallen sieht, fällt noch etwas anderes auf: Herr Lammert beklagt nämlich „verkleideten Europaskeptizismus“. Daraus folgt v. a. zweierlei. Erstens: EU-Skepsis wird zur „Europaskepsis“ und damit die EU mit Europa gleichgesetzt (die normative Umdeutung dessen dazu, dass ganz Europa auch in die EU gehöre, führt gerade zu erheblichen internationalen Verwerfungen). Zweitens und besonders: Geht es nach Herrn Lammert, ist Europa- (eigentlich: EU)skeptizismus nunmehr die Schwelle des rechtlich und politisch Akzeptablen. Nicht Feindschaft, nicht Gegnerschaft – mittlerweile ist „Skeptizismus“ vorwerfbar und sein Vertreten damit das neue Tabu. Wer das Verhör von Frau Wagenknecht durch Herrn Lanz [gesehen](#) hat, bekommt eine Ahnung.

Wir erleben hier das vorläufige Ende einer Entwicklung, die die Desavouierung einer Position des politischen Diskurses über die Stufen „rechts – rechtspopulistisch – nationalistisch – europakritisch“ nun bis hinunter zum Minimum des sprachlich Ausdrückbaren drängt. Wie könnte man nun noch sein, wenn nicht bedingungslos dafür? Ist „abwägend“ schon zu kritisch? Wenn aber bereits Skepsis verboten ist, dann ist die Aufklärung vorbei. Denn wer in Zukunft auch nur Zweifel anmeldet, hat sich bereits als verdächtig erwiesen. Aber verdächtig wessen? Kein „aufrechter Europäer“ zu sein? Damit wäre „Europa“, eigentlich „EU“, der offizielle Gesinnungstest und die neue Gretchenfrage. EU ist Staatsräson, Zweifel ist Verrat. Dann könnte es dem Skeptiker, so er seine Position erklären will, am Ende wie Faustus gehen, als er seinen Glauben beschreiben soll: „Ich habe keinen Namen// Dafür!“